

Zuhause in Strasburg (Um.)

Das, was vor unserer eigenen Haustür, in unserer Stadt und ihren Ortsteilen geschieht, geht uns alle an und soll durch möglichst viele Einwohner*innen entschieden werden. Politik muss greifbar und beeinflussbar sein: lebensnah, direkt und demokratisch – durch Ihre Stadtvertreter*innen. Es geht um ein Leben in Würde, ohne Zukunftsängste, ohne Ausgrenzungen. Dafür kandidieren wir.

Wir sind die Kraft vor Ort, wir sind **DIE LINKE**. Wir handeln friedlich, sozial und solidarisch. Wir vergessen das Zuhören nicht, sind offenherzig und im persönlichen Gespräch stets ansprechbar. Durch **Ihre Beteiligung und Mitbestimmung, liebe Einwohner*innen**, wird es möglich, für zahlreiche Probleme Lösungsvorschläge zu erarbeiten und zu realisieren.

Wir brauchen **Wohnraum** - groß genug für große Familien, barrierefrei für ältere oder behinderte Menschen, aber immer bezahlbar und in gutem Sanierungszustand.

Konsequent sind wir **gegen eine Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes**.

Wir wollen nicht verzichten auf Musikschule, Heimatstuben, kulturelle Initiativen in Vereinen, Bibliothek, Museum und Ausstellungen. Dringend erforderlich ist die Sanierung des Kulturhauses mit künftig barrierefreiem Zugang.

Unsere **Kinder und Jugendlichen** sollen mitreden, sich einmischen können, z.B. in Form eines Kinder- und Jugendrates. Ihre Beteiligung soll als Bestandteil der kommunalen Arbeit der Stadtvertreter*innen fest verankert werden.

Wir treten für den Erhalt **beider Schulen in Strasburg (Um.)** ein. Die Schulen müssen so ausgestattet werden, dass sie den Schüler*innen ein Lernen in einer angenehmen Unterrichtsatmosphäre und eine umfassende Förderung ermöglichen.

Freizeitangebote gehören für alle Altersgruppen zur Daseinsvorsorge. Die Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen der Jugend- sowie Altenpflegearbeit sind – wie auch die Schulsozialarbeiter*innen - dringend benötigte Fachkräfte, die sehr wertvolle Arbeit leisten. Für diese fordern wir unbefristete, tarifgebundene Arbeitsverträge.

Sichergestellt werden muss weiterhin eine **wohnnah fachärztliche Versorgung**. Hierzu gehört auch ein flächendeckender und regelmäßiger ÖPNV, so dass die Einwohner*innen aus den Ortsteilen nicht „abgehängt“ werden.

Die **Digitalisierung des ländlichen Raums** darf nicht länger ein leeres Versprechen bleiben. Sie gehört zur Grundversorgung und daher in öffentliche Hand.

Auf dem Markt wollen wir eine öffentliche WLAN-Nutzung möglich machen, für die Einwohner*innen und Gäste unserer Stadt.

Wir möchten Ehrenamtliche unterstützen und ihren Einsatz stärken in der Feuerwehr, den Selbsthilfegruppen, in Sportvereinen, Einrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit, bei der Hilfe für Asylsuchende und deren Integration, in Begegnungszentren, in der Seniorenarbeit, in Freizeitkursen, für ehrenamtliche Richter*innen ... Ihnen allen sagen wir: Danke!

Es ist an der Zeit, dass die Bürgermeisterin eine Sprechstunde extra für Vereine anbietet.

Das Land verfügt über üppige Finanzpolster. Wir wollen uns nicht mit einer Rolle als Bittsteller*innen um Fördermittel entmündigen lassen, wenn nötig durch zivilen Ungehorsam! Forderungen, immer weiter an der Steuerschraube zulasten der Einwohner*innen zu drehen, werden wir deutlich entgegentreten.

Wir stehen an der Seite der „Fridays For Future“- Bewegung der Schüler*innen. Als notwendig erachten wir eine Minimierung von Umweltbelastungen durch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln – Stadtsee, Hellteich und Schmiedegrundsee werden es danken. Bei der konsequenten Nutzung von erneuerbaren Energien für die Strom- und Wärmeversorgung setzen wir weiterhin auf die Photovoltaik. Die gesamte Straßenbeleuchtung muss schnellstmöglich auf energiesparende Lampen umgerüstet werden.

Als LINKE nehmen wir nicht hin, dass Rassismus und Rechtsextremismus sich weiterhin in unserer Gesellschaft verankern. Wir zeigen Haltung gegenüber rassistischen, nationalistischen und neonazistischen Aktivitäten. Wir engagieren uns für Menschenrechte, ein **weltoffenes, demokratisches und solidarisches**

Zusammenleben – auch im kommunalen Alltag. In unserer Stadt haben wir im Zusammenleben mit Geflüchteten fast ausnahmslos gute Erfahrungen gemacht.

Wir brauchen **Wohnraum** - groß genug für große Familien, barrierefrei für ältere oder behinderte Menschen, aber immer bezahlbar und in gutem Sanierungszustand. Das kommunale Wohnungsbau-unternehmen muss wieder in die Lage versetzt werden, selbst zu bauen und zu sanieren. Dazu müssen u.a. die ungerechtfertigten **Altschulden endlich abgeschafft** werden. Konsequenz sind wir **gegen eine Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes**.

Wir wollen unser Strasburg (Um.) als eine kulturvolle Kommune. **Kunst und Kultur** sind Ausdruck von Bildung und gutem sozialen Umgang. Kulturelle Angebote müssen erhalten, gefördert und gerne erweitert werden. Wir wollen nicht verzichten auf Musikschule, Heimatstuben, kulturelle Initiativen in Vereinen, Bibliothek, Museum und Ausstellungen. Dringend erforderlich ist die Sanierung des Kulturhauses mit künftig barrierefreiem Zugang.

Unsere **Kinder und Jugendlichen** sollen mitreden, sich einmischen können, z.B. in Form eines Kinder- und Jugendrates. Ihre Beteiligung soll als Bestandteil der kommunalen Arbeit der Stadtvertreter*innen fest verankert werden. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für die vollständige Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung ein und macht sich stark für eine ausreichende Länderfinanzierung, um z.B. endlich den Personalschlüssel **von Kinderanzahl - Erzieher*innen in den Betreuungseinrichtungen zu verbessern**.

Ein Gutteil ihrer Zeit verbringen die Großen und Größeren in der Schule. Wir treten für den Erhalt **beider Schulen in Strasburg (Um.)** ein. Sie sollen eine gute Lehr- und Lernumgebung bieten. Ob Bücher, Möbel, Renovierungen oder Technik – die Schulen müssen so ausgestattet werden, dass sie den Schüler*innen ein Lernen in einer angenehmen Unterrichtsatmosphäre und eine umfassende Förderung ermöglichen. Zu ihrer Sicherheit brauchen unsere Schulen endlich Brandschutztüren. Der Schulhof der Realschule muss neu hergerichtet und das Schulgelände durch einen Zaun neu gesichert werden. Nicht zuletzt unsere Schulen benötigen moderne Computerausstattungen und schnelle Internetverbindungen.

Sport gehört für viele von uns zum Leben dazu. Er bereichert unsere Freizeit und stärkt Gesundheit und Selbstbewusstsein. Er stärkt den **Zusammenhalt der Generationen und die Integration**. So wie DIE LINKE in der Stadtvertretung den Bau des neuen Multifunktionsgebäudes an der Reuterkoppel angestoßen hatte, haben die Sportler*innen weiterhin unsere volle Unterstützung. **Freizeitangebote gehören für alle Altersgruppen** zur Daseinsvorsorge. Die Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen der Jugend- sowie Altenpflegearbeit sind – wie auch die Schulsozialarbeiter*innen - dringend benötigte Fachkräfte, die sehr wertvolle Arbeit leisten. Für diese fordern wir unbefristete, tarifgebundene Arbeitsverträge.

Sichergestellt werden muss weiterhin eine **wohnnah fachärztliche Versorgung**. Hierzu gehört auch ein flächendeckender und regelmäßiger Personennahverkehr, so dass die Einwohner*innen aus den Ortsteilen nicht „abgehängt“ werden.

Die **Digitalisierung des ländlichen Raums** darf nicht länger ein leeres Versprechen bleiben. Sie gehört zur Grundversorgung und daher in öffentliche Hand. Wir werden von unserer kommunalen Ebene aus Druck auf die Landesregierung machen, damit der Breitbandausbau auch in Strasburg und allen seinen Ortsteilen zügig vorangeht, zum Nutzen der Privathaushalte genauso wie für unsere Unternehmen.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir überlegen, wie Strasburg (Um.) attraktiver für **Tourist*innen** gemacht werden kann. Erste Schritte können die Einrichtung eines Stellplatzes für Wohnmobile sowie einer Elektro-Tankstelle sein. Zu verbessern ist der Öffentliche Personennahverkehr, wie die Busverbindungen nach Torgelow, Ueckermünde und Prenzlau. Auf dem Markt wollen wir eine öffentliche WLAN-Nutzung möglich machen, für die Einwohner*innen und Gäste unserer Stadt.

Nicht nur Kommunalpolitik wird ehrenamtlich geleistet. Immer mehr Aufgaben werden durch **Ehrenamtliche** übernommen. Sie springen da ein, wo der Staat sich längst zurückgezogen hat. Immer wieder erleben wir, dass Ehrenamtliche ihr privates Geld einsetzen, weil ihnen die Aufgabe eine Herzensangelegenheit ist. Wir möchten Ehrenamtliche unterstützen und ihren Einsatz stärken in der Feuerwehr, den Selbsthilfegruppen, in

Sportvereinen, Einrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit, bei der Hilfe für Asylsuchende und deren Integration, in Begegnungszentren, in der Seniorenarbeit, in Freizeitkursen, für ehrenamtliche Richter*innen ... Ihnen allen sagen wir: Danke! Es ist an der Zeit, dass die Bürgermeisterin eine Sprechstunde extra für Vereine anbietet.

Die **Haushaltslage** unserer Stadt, die über Wohl und Wehe kommunaler Selbstverwaltung und über Entwicklungsmöglichkeiten entscheidet, ist prekär. Neue Kredite werden aufgenommen, um alte Kredite zu begleichen. Es herrscht Sparzwang und Investitionsstau. Immer mehr Aufgaben wurden vom Land auf die Stadt übertragen, ohne für ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. Dabei verfügt das Land über üppige Finanzpolster. Diesem Zustand, so meinen wir, muss die Stadt gemeinsam mit anderen Kommunen entgegentreten, wenn nötig durch zivilen Ungehorsam! Wir wollen uns nicht mit einer Rolle als Bittsteller*innen um Fördermittel entmündigen lassen. Forderungen, immer weiter an der Steuerschraube zulasten der Einwohner*innen zu drehen, werden wir deutlich entgegentreten. Wir wollen, dass der **kommunalen Daseinsvorsorge** umfassend Rechnung getragen wird.

Ökologisches Handeln darf kein Schlagwort sein, sondern Natur- und Umweltschutz sind fester Bestandteil unseres Handelns bei allen Entscheidungen über Projekte in Wirtschaft und Verkehr – im Zweifelsfall pro Natur. Wir stehen an der Seite der Bewegung der Schüler*innen „Fridays For Future“. Als notwendig erachten wir eine Minimierung von Umweltbelastungen durch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln – Stadtsee, Hellteich und Schmiedegrundsee und deren Nutzer*innen werden es danken. Bei der konsequenten Nutzung von erneuerbaren Energien für die Strom- und Wärmeversorgung setzen wir weiterhin auf die Photovoltaik. Die gesamte Straßenbeleuchtung muss schnellstmöglich auf energiesparende Lampen umgerüstet werden.

Wir alle wollen in **Sicherheit und Frieden** leben. Aber was passiert direkt vor unserer Haustür? Da erstarren die Rechtsaußenkräfte. Genährt durch die Existenzangst der Menschen verbreiten sie ihr giftiges Gedankengut. Und der ungezügelte Kapitalismus, die Gier nach Macht und Geld lässt die Kluft in der Gesellschaft weiterwachsen. Die einen werden noch mächtiger und reicher, während die Mehrheit für wenig Geld schuftet. Und nicht nur der soziale Friede ist bedroht. Wer fühlt sich sicher angesichts internationaler Konflikte, die live und in Farbe in die Wohnzimmer kommen? Diese Konflikte sind nicht abstrakt, sie betreffen uns direkt. Sie überschreiten unsere Grenzen u.a. in Form von Flüchtenden, die durch Krieg, Elend und Klimawandel aus ihrer Heimat vertrieben werden. LINKE Kommunalpolitik stellt sich auch diesen Herausforderungen. Als LINKE nehmen wir nicht hin, dass Rassismus und Rechtsextremismus sich weiterhin in unserer Gesellschaft verankern. Wir zeigen Haltung gegenüber rassistischen, nationalistischen und neonazistischen Aktivitäten. Wir engagieren uns für Menschenrechte, ein **weltoffenes, demokratisches und solidarisches Zusammenleben** – auch im kommunalen Alltag. In unserer Stadt haben wir im Zusammenleben mit Geflüchteten fast ausnahmslos gute Erfahrungen gemacht.

Liebe Strasburger*innen, Sie haben eine Meinung und wollen mitreden? Als von Ihnen gewählte Stadtvertreter*innen sind wir sehr interessiert an Ihren Ideen und Anregungen. Wir wollen Sie ermutigen, die Stadtvertreter mehr in die Pflicht zu nehmen. Wir, DIE LINKE, wollen, dass die Stadtvertreter*innen und die Bürgermeisterin mit der Verwaltung gemeinsam für **Ihre Belange** eintreten.

Wir, DIE LINKE stehen für eine soziale und demokratische Kommune, für unser Zuhause.

Dafür ist die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 entscheidend.

Bitte gehen Sie wählen. Am besten DIE LINKE.